

# Sozialistische Monatshefte

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis im Jahr monatlich 11 RM. Durch die Post monatlich 11 RM. ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstellen: Zentralvertrieb 14, Fernpost 1047. Geöffnet 7-5 Uhr. Schriftleitung: Zentral 1045. Sprechzeit 12-1 Uhr.

Der Abzugspreis beträgt 100 RM für den Württembergischen Kreis, 500 RM für die übrigen Kreise, einschließlich der Postgebühren. Abzug bis zum 1. März 1922. Der Abzug ist zu leisten, bevor die Postgebühren bezahlt werden. — Postfachnummer: Leipzig 1068 28, Fritz Rapp, Halle.

Einzelpreis 50 Pf.

Freitag, den 10. Februar 1922

2. Jahrgang. Nr. 35

## Für die Beamten gibt es kein Streikrecht

Eine provokatorische Reichstagsrede Dr. Wirths — Die Beamten sind „ein Teil der Regierung“ — Kampfeswille gegen die Entlassungen in Berlin, Erfurt, Essen

Berlin, 10. Februar. Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagsagung stand eine Erklärung der Regierung zum Streik. An Erwartung, daß der Herr Wirth einen schweren Stand werde, den Verfassungskreis über die Verteilung, war die Regierung vollständig erfinden. Neben Hermes, Groener und Giesberts, waren die Sozialdemokraten Dr. Köster, Dr. Radbruch, Bauer und Robert Schmidt angetreten, um dem Freiensapfel Wirth zu schenken.

Vor Eintritt in die Tagesordnung war mitgeteilt, daß der bekannte Streikführer des Reichspräsidenten heute außer Acht gelassen sei. Diese Mitteilung wird von den Kommunisten mit Genugtuung aufgenommen, das sich verhält, als der Präsident erklärt, daß dadurch die Anträge auf Abhebung dieses Erlases erledigt sind. Abg. Dr. Hoffmann (Komm.) beantragte, einen neuen Antrag seiner Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen, der die Entlassung aller Disziplinverurteilten gegen freilebende Beamte verlangt.

Abg. Debebour (USP.) beantragte, diesen Antrag gemeinsam mit der Erklärung des Reichspräsidenten zur Sprache zu stellen.

Der Präsident stellt das Einverständnis des Hauses damit fest. Das Haus ist damit einverstanden.

Reichsgewerkschaft lehnt sich aber auch ins Unrecht gegen den gesamten deutschen Staat (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.)

### Für den öffentlich-rechtlich angestellten Beamten gibt es kein Streikrecht

(Hürmischer Widerspruch bei den Kommunisten), nicht weil es Beamte sind, sondern weil sie ein Teil der Regierung sind. (Geächel bei den Kommunisten.)

Die Verfassung gibt jedem Staatsbürger, auch den Beamten, das Recht zur Abwehr und Förderung der Arbeits- und wirtschaftlichen Bedingungen, aber weder nach dem Wortlaut noch nach dem Sinn und Geist der Verfassung kann daraus abgeleitet werden, daß die Beamten entgegen ihrem Diensteid auch das Recht hätten, ihr Dienstverhältnis gemeinsam niederzulegen. Die Eisenbahnbeamten sind übrigens lebenslanglich Angestellte, sie erhalten ihr Gehalt im Voraus. Ein Streikrecht der Beamten ist aber auch unerträglich mit einer geordneten Staatsverwaltung. Die Regierung erkennt aber auch die Pflicht des Staates an, durch die Fürsorge für die Beamten in den Grenzen des Möglichen dazu beizutragen, daß die Körper der Gesellschaften sozial gesund bleiben und in ihrer Ausübung für den Staat nicht irre werden. (Stimm bei den Kommunisten.) Die Regierung hat durch die Entlassung der Beamten-Interessen keinen Anseh gegeben, dem Staat das Vertrauen zu fündigen und sich zu einer Aufbruchsbewegung hinsetzen zu lassen. Die Bewegung, die schweren Schaden angerichtet und die Regierung in prinzipiell politischen Angelegenheiten die Hand gefährt hat, ist zu Ende. Wir sind ihrer Herr geworden! Ich denke dabei der öffentlichen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, ich denke der Männer, die sich der Technischen Notfälle zur Verfügung gestellt haben. (Lebhafter Beifall rechts, links, Mitte, Streikbrecher.) Sie rufen die Streikbrecher, wir nennen sie Lebensretter. Leider haben einige dieser Leute durch Ungehörigkeit ihren Namen missbraucht. Der Streikbrechungsstreik ist die Verurteilung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Sie ist aufgehoben. Daß mit Aufhebung der Verordnung nur etwa das Streikrecht der Beamten frei würde, diesen Schlag wird die Regierung niemals zugeben können. Die Wege zur Arbeit sind wieder frei.

## Die Beamten als „Teil der Regierung“

Wer noch immer im Unklaren darüber war, daß die Wirth-Regierung mit Hilfe der DDB-Führer den Eisenbahnern und der gesamten Arbeiterklasse eine schmachvolle Niederlage zugefügt hat, dem muß das endlich durch die getriggerte Rede des Reichspräsidenten am Reichstag klar geworden sein. Diese Rede ist eine einzige freche Provokation der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands. Sie beweist aufs neue, daß der Herr Wirth, der so schön und laubenswürdig von der Verfassung der Klassen und dem „Frieden auf Erden“ zu reden vertritt, nicht allein ein Verfassungsverstößler ist, daß er nicht allein den Wortbruch als Prinzip pflegt, sondern daß er auch als getreuer Sachwalter und Slavenanführer der imperialistischen Stimmlosen die Rechte zu schwingen versteht.

Jedes Aufbegehren gegen das Elend- und Hungerjoch des Kapitals ist in den Augen dieses Christen „Revolution“. Die Hungerkronen unter dem Trude des Kapitals, die Ausbeutung des Staates und aller derer, die von ihrer Hände Arbeit leben, ist für ihn als Christen die großgewollte Ordnung, deren Aufrechterhaltung unter allen Umständen und mit allen Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden muß. Von diesem Standpunkt aus lang er den Streikbrechern der Technischen Notfälle ein begeistertes Loblied. Und ganz von selbst verriet es sich auch, daß er in den Gewerkschaftsführern die Männer pries, „die in kritischen Stunden“ die Interessen des Staates und der Gesellschaft (d. h. der herrschenden kapitalistischen Spitze) über alle Sonderinteressen gestellt haben!

„Arbeit und Sparsamkeit“ — für die Arbeiter und Beamten natürlich — ist das Regierungsprinzip des Herrn Wirth, das gehalten wird durch die Sozialdemokraten Radbruch, Köster, Bauer und Robert Schmidt in der Regierung, aber getragen und durchgeführt werden muß durch die Führer der freien Gewerkschaften und des Via-Bundes! Sie waren „in kritischen Stunden“ die Retter des kapitalistischen Staates. Hoffmann ihnen! Es lebe der Streikbrecher der Gewerkschaftsführer, die sich ihre Gehälter von den darbenenden und hungernden Arbeitern bezahlen lassen!

Die Tüge und der Wortbruch in dem Munde eines christlichen Ministers ist an sich nichts neues. Der flauenbenigste revolutionäre Arbeiter hat die Methoden des kapitalistischen Herrschaftssystems unter der Demokratie längst durchschaut. Die Wortbrechereien des christlichen Demokraten und Freiensapfens Wirth und seiner sozialdemokratischen Schatzkammer werden auch die Beamten zum Klassenbewußtsein bringen und ihre Revolutionierung beschleunigen. Mit frommem Augen-aufschlag ließ der Reichspräsident am vergangenen Sonntag seine dienhabenden Gelehrten in der Führung des DDB in einem Aufwurf verfallen: Die in der Ebert-Regierung ausgepropierte Aufhebung des Streikrechts ist, gegenstandslos. Gellern verflücht er:

### Für den öffentlich-rechtlich angestellten Beamten gibt es kein Streikrecht!

Das Streikrecht für die Beamten bleibt also aufgehoben. Der Verfassungsbruch durch die Wirth-Regierung ist nicht aufgehoben, sondern er ist die demokratische aller Verfassungen gelöst hat, brechen so oft es ihm beliebt!

Den Eisenbahnbeamten soll das Streikrecht verweigert bleiben, „nicht weil sie Beamte sind, sondern weil sie ein Teil der Regierung sind“. Welche Ehre für die Eisenbahnbeamten! Sie dürfen „mit regieren“, indem sie sich hübsch hülfen, hungern und fröhen. Früher taten sie es für Wilhelm, und sie hatten dafür als „königliche“ Beamte und Laikalen Titel und Orden zu gewärtigen; heute, nachdem der Titel „königlich“ und die Orden weggefallen sind, dürfen sie es von Stinnes Gnaden!

Den „Männern des gestügeltten Rades“ schwillt die Brust in Hochgefühl der christlichen Ebert- — — — was, sie fluchen und lachen? So eine — Respektminderlichkeit! Die Regierung Wirth vertritt bei den Verhandlungen der Abmündung des Streiks eine gerechte „Prüfung der Gehaltsfrage“. Die Führer des DDB, haben von dem Stand dieser Prüfung „Kenntnis genommen“. Jetzt erklärt er, die Forderungen der Beamten können nicht als eine geeignete Grundlage angesehen werden. Aber immerhin, über die „Zurechnungsschuld“ wird weiter „Geprüft“. Die Eisenbahn werden vom „Prüfen“ lat, denn sie dürfen ja „mit regieren“!

### Dr. Wirth über die „Revolution in der Beamtenherrschaft“

Reichspräsident Dr. Wirth: Nur die niederste und trüffliche Arbeitssucht, der Verzicht auf politische Verantwortung und auf gewisse Verantwortlichkeiten können uns über die schwere Zeit hinwegbringen, in der wir die empfindlichen Wunden unseres Staates wieder aufbauen und vernünftigen Tendenzen des Auslaufendes abwehren müssen. Die ganze geplante und ausgeführte Welle in unserer Außenpolitik ist es dem ganzen Volk zur Pflicht machen, als Mitarbeiter hinter die Regierung zu treten oder wenigstens ihre Arbeit nicht leistungsfähig zu führen. Nur ein Arbeiter des, ja ein Arbeiter und in diesem Sinne der Freiheit und Ordnung lebendes Deutschland kann die auswartige Politik führen, die wir für nötig halten, um uns überhaupt durchzusetzen.

In dieser Hinsicht ist in letzter Zeit schwer und willkürlich geäußert worden und zwar von Elementen, die durch ihre Tätigkeit und Stellung im Staate in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu leiten. Die Arbeitsverwaltung eines Landes ist die Beamtenherrschaft, nicht Streik, sondern Revolution in der Beamtenherrschaft. (Beifall und große Unruhe.) Dies ist eines der bedrückendsten Ergebnisse der letzten Jahre, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind. (Sehr wahr!) Der Reichspräsident lobt den in kurzen Tagen die Entwicklung der Streikbewegung, mehrfach von der linken durch lebhaften Protest unterbrochen und weist besonders darauf hin, daß in erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft der Streik mit nur zwanzig gegen fünfzig Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen wurde. In Berlin ist ein Streik dadurch herbeigeführt worden, daß die Arbeitsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes gegen ausdrückliche Verbote des Bundes vorhanden beschloßen haben, in den Streik zu treten. (Wahr bei den Kommunisten.) Nachdem die öffentlichen Arbeiter in Berlin in den Streik getreten waren, lehnte die Reichsregierung Vermittlungsversuche ab Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft ausdrücklich ab, erklärte sich aber bereit, mit den Eisenbahnorganisationen einschließlich des Deutschen Beamtenbundes in Besprechungen einzutreten. Dies ergab die Bereitwilligkeit des Finanzministers, halb-möglicht in eine eingehende Besprechung über alle Besoldungsfragen einzutreten. Am Dienstag, dem 7. Februar, verpflichtete sich die Reichsgewerkschaft, den Streik abzuheben, und die Reichsregierung erklärte, daß Massenentlassungen nicht stattfinden werden und daß die Annahmen der Disziplinmaßnahmen nach den Richtlinien erfolgen sollten, die inzwischen vom Gesamtschlichter aufgestellt worden sind. Dank dem Notstandsbescheid wurden im Durchschnitt etwa 30 Prozent des normalen Verkehrs bedient. (Gellert links.) Eine Steigerung auf weit über 50 Prozent war zu erwarten. Der Reichspräsident sprach dem über die allgemeine Erhöhung der Gehälter und Löhne. Der Deutsche Beamtenbund und die Eisenbahnorganisationen haben nochmals eine Neuregelung der Beamtenentlohnung verlangt, die eine weitere Beförderung von 50 bis 60 Milliarden beinhalten hätte. Diese Forderungen konnten nicht als eine geeignete Grundlage für neue Verhandlungen angesehen werden. (Unruhe links.) Im allgemeinen ist die allgemeine Erhöhung der Gehälter und Löhne, die von der Industrie begehrt werden. Die Verhandlungen über Teuerungszulagen wurden trotz des Streikes weitergeführt, und noch heute wird der Reichspräsident mit einer entsprechenden Vorlage befallen. Ein Arbeitszeitgesetz lag noch nicht vor, die geforderte Zurückführung eines Anteils war inselbständig nicht möglich. Auch der Streikbündel, welcher die Beamten, die sich dabei um ein laich- und gerechtfertigtes Ausnahmegericht für Eisenbahnbeamte handelt.

Besprechungen auch mit den Eisenbahnorganisationen werden ergehen, ob statt eines besonderen Gesetzes für die Eisenbahn ein allgemeines Arbeitszeitgesetz erlassen werden soll. Die laichliche Grundlage des Streiks ist teils unberechtigt, teils geringfügig teils Gegenstand der bereits eingeleiteten Verhandlungen. Wäre es nicht, daß die Idee des Berufsbeamtenums durch den Streik erlitten hat, läßt sich noch nicht übersehen. Die

zur Sachlage des Präsidenten Erbe wird die Sitzung unter Protest der Kommunisten und Unabhängigen nach kurzer Debatte auf Freitag 1 Uhr vertagt.

### Widerstand der Eisenbahner gegen die Maßregelungen

Erfurt, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In einer großen Massenversammlung der Reichsgewerkschaft und der Führer des DDB wurde gestern beschloßen, die Arbeit wieder niederzulegen, bis die Maßregelungen, die in der Dienststelle vorgenommen sind — es sind 40 Mann gemehrt — wieder zurückgeführt werden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben daraufhin ihre Arbeitsstelle wieder verlassen.

Ein ähnlicher Besetzung hat sich in Weimar abgespielt. Dort wurden 6 Maßregelungen vorgenommen. Daraufhin kam es zu förmlichen Kundgebungen der gesamten Eisenbahner, die sich ebenfalls darauf gegen die Maßregelungen aussprachen und verlangten, daß diese sofort zurückgegeben werden.

Eisen, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In Eisen fand eine große Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt, die die Arbeiter sich gegen die Maßregelungen aussprachen. Wenn nur ein Mann gemehrt würde, sei man entschlossen, wieder in den Streik zu treten. Diesem Beschlusse schloßen sich auch die Reichsbeamten, der Beamtenbund und die Kommunalbeamten an.

### Die Lage in Berlin

Erregung der Arbeiterherrschaft über die Entlassungen

Berlin, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Gasversorgung der Stadt Berlin ist immer noch nicht wieder hergestellt. Die Straßenbahnlinien werden am heutigen Morgen gleichfalls in sehr beschränktem Maße. Im Halleschen Tor kam es gestern nachmittags zu Zusammenstößen zwischen ausgesperrten Streikenden und Führern der Straßenbahnwagen. Die Fahrzeuge wurden zum Ausweichen gezwungen. Am Bahnhof Palente wurden Arbeitswille zum Niederlegen der Arbeit gezwungen. In Teget bildeten sich Demonstrationen aus Angehörigen von Straßenbahnern und Staatsarbeitern, die vor das Rathaus zogen. Die Erregung der Arbeiterherrschaft über die Entlassungen ist sehr groß.

Berlin, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die SPD hielt gestern abend 23 Massenversammlungen ab, die sämtlich überfüllt waren. In allen Versammlungen kam ungebrochener Kampf gegen die Entlassungen gegen das Verhalten der Gewerkschaftsführer zum Ausdruck.





# Des Mitglied der KPD.



Kommunistische Partei Deutschlands.

**Dissozierte Halle.**  
 Besondere günstige! 3 versch. Anzüge a 3 m. sportlich zu verkaufen. 618 Alter Markt 4, II.

**Berlin-Anzeiger.**  
**Arbeiter-Sänger-Chor**  
 Jeden Mittwoch abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Frauen- und Mädchenchor.**  
 Jeden Donnerstag abds. 8 Uhr im „Volkspart“-Singstunde.

**Ang. Arbeiter-Union**  
 (Kriegsopfer, Orisgr. Halle.)  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Die Naturfreunde**  
 Stadtbüch. Weidenplatz 20. Zusammenkunft: Donnerstags. Zentralverb. prof. Freidenker (Orisgruppene) Jeden Mittwoch nach dem 15. abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Orisgr. Halle.**  
 Jeden Mittwoch nach dem 15. abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Arbeiter-Bildungs-Berein, Cröllwitz.**  
 Jeden Donnerstag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Gelagererein.**  
 Singstunden: Jeden Donnerstag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Städt. Theater.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Das Geischa.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Pa. worgemittelte Boden-joppen**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.  
**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Libelle, Promenade 11.**  
 Deuts. Revanche-Wettkampf.  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Halle! „Paradies“ Halle!**  
**Stammisch „Eidele Brüder“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Breis-Lumpenball.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Rauchklub „Eigentanz“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**„G. B. „Aldria“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**„H. J. C. „Minerva“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Großer Preis-Mastenball.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**3 billige Tage!**  
 Normalhemden . . . 6450 6950  
 Unterhosen . . . 6950  
 Strümpfen . . . 30- 4500  
 Einlaufhemden . . . 69- 7950  
 Fingerringen . . . 6950 7450  
 Fingerringen 69- 74- 78

**Schlachten weiß, grau, braun**  
 39- 44- 49- bis 89-  
**Große Rollen Kimber-Strümpfe**  
**Große Rollen Damen-Strümpfe**  
**Große Rollen Herren-Strümpfe**  
**Strümpfe** blau gefärbt . . . Meter 675  
**Wolle** blau gefärbt . . . Meter 1350  
**Damen-Wäsche billig!**  
 usw. usw. 622

**Wäsche- u. Wollwaren-Lager**  
 Große Wollstraße 25  
 Ecke Jägerstraße neben B. S. 2.

**Kohlen, verschiedene beste Marken, Holz (Hart- und Weichholz) 625**  
**Paul Fuchs,**  
 Große Brunnenstr. 69. Tel. 6987.

**Achtung! Zellhammer Achtung!**  
 erhalten erhöhte Preise für  
**jämliche Zelle und Häute.**  
**Josef Reuter**  
 Dessauer Straße 5. Telefon 2292.

**Gebhardt-Elweiss-Kakao**  
 ist von unerschätzbarem Wert für alle diejenigen, deren Ernährungsbestand der Nahrung bedarf. Gutachten erster staatlicher Autoritäten stehen unseren Kakao zu Beweise.  
 Verlangen Sie ausdrücklich Gebhardt-Elweiss-Kakao! In allen einschlägigen Geschäften zu haben.  
 Versandadresse: Gebhardt-Elweiss-Kakao, 2. Gebäude, Georg Gebhardt & Co., Halle (Saale). 85 Fernruf 4841.

**Werbt für den „Kassentamp!“**

müß der Produktiv-Genossenschaft angehören, muß einen Anteilshafen in Höhe von 100 Mk. zeichnen. Wer das tut, festigt und stärkt das Unternehmen der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Komm Genosse und handele schnell.

**Normal-Hemden, hohen, Einlag-Hemden 68 00**  
**Männer-Holen 75 00**  
**Barchent-Hemden 85 00**  
**Verbe Socken 19 00**  
**Woll-Schals 58 00**  
**Dauermäse 58 00**  
**Handschuhe 16 00**  
**Strickwollen 16 00**  
**Belonders günstig!**  
**AL. Berlin 2, ein Zepp, Sing. Osterstraße.**

**Reinigung: Proletar. Pioniere, Halle-Cröllwitz a. d. S.**  
**Reinigungs-Abteilung:**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Bildungs-Berein, Cröllwitz.**  
 Jeden Donnerstag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Gelagererein.**  
 Singstunden: Jeden Donnerstag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Städt. Theater.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Das Geischa.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Pa. worgemittelte Boden-joppen.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Werbt für den „Kassentamp!“**

**Normal-Hemden, hohen, Einlag-Hemden 68 00**  
**Männer-Holen 75 00**  
**Barchent-Hemden 85 00**  
**Verbe Socken 19 00**  
**Woll-Schals 58 00**  
**Dauermäse 58 00**  
**Handschuhe 16 00**  
**Strickwollen 16 00**  
**Belonders günstig!**  
**AL. Berlin 2, ein Zepp, Sing. Osterstraße.**

**Reinigung: Proletar. Pioniere, Halle-Cröllwitz a. d. S.**  
**Reinigungs-Abteilung:**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Bildungs-Berein, Cröllwitz.**  
 Jeden Donnerstag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Gelagererein.**  
 Singstunden: Jeden Donnerstag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Städt. Theater.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Das Geischa.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Pa. worgemittelte Boden-joppen.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“.**  
 Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im „Volkspart“-Singstunde.

**Werbt für den „Kassentamp!“**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Halle und Saalkreis

Seite, den 10. Februar 1922

Sozialdemokratie und Eisenbahnerstreik

Der Sozialdemokrat Ebert hat durch seine verfallenswidrige Verordnung den Eisenbahnbeamten das Streikrecht genommen, die Regierung, in der drei Sozialdemokraten sitzen, hat diese Verordnung ausgehoben, der ADGB, dessen Zeitung aus Sozialdemokratie und Unabhängigen besteht, ist den Kämpfern in den Rücken gefallen, der Deutsche Eisenbahnerverband, dessen leitende Persönlichkeiten Sozialdemokraten sind, hat Streikbruch aufgefordert, der Bezirkssekretär Schumann des DGB, der Sozialdemokrat ist, hat versucht, aus den Reihen der Mitglieder des DGB, Streikbrecher zu werben, das hallische Afa- und Gewerkschaftsräte, deren leitende Personen Sozialdemokraten und Unabhängige sind, verurteilt, die hallischen Eisenbahner zum Streikbruch zu bewegen.

Diese schweren Sünden der Sozialdemokratie soll nun die sozialdemokratische Presse in den Augen der Beamten verurteilen. Sie muß die Folgen des Verrates der Sozialdemokratie vor sich abwägen und macht dies auf ihre art und bequeme Weise, indem die Kommunisten für alle Folgen verantwortlich gemacht werden. Das rechtssozialistische, von der Komradaktion und anderen Kapitalisten besetzte Organ, schreibt zu den Entlassungen und Maßregelungen, die nur durch den Verrat der Sozialdemokratie und des ADGB, möglich sind:

Wenn von diesen Absichten nur etwas durchgeführt wird, so können sich die Eisenbahner bei den Kommunisten bedanken, die durch ihre Absicht, den Streik zum Sturz der jetzigen Regierung auszuführen, ein erfolgreiches Ende erreicht haben."

Nun sind die Kommunisten schuld. Die Beamten selbst müssen nur zu gut, wer ihnen in den Stunden des Kampfes treulich zur Seite stand. Die Sozialdemokratie rednet hierbei mit der Bereitwilligkeit der Leset. Deshalb müssen wir die Haltung dieses hinführenden Arbeiterblattes, die es bei Ausbruch des Streites einnahm und sich nachher drehte wie eine Wetterfahne, festhalten. Am 1. Februar schrieb die „Vollstimme“ zum Eisenbahnerstreik:

„Das Unternehmen wird, wenn es zur Ausführung kommt, von jedem Standpunkt aus, auch vom gewerkschaftlichen, verworfen werden müssen. Die Sozialdemokratie, die ohne schmerzhafteste Schädigung der Gesamtheit erschaffen sind, wird sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Entschiedenheit einseigen. Von der Regierung erwartete sie, daß sie zur Verhinderung bereit ist, daß sie sich aber einem Diktat nicht beugen wird.“

Die Sozialdemokratie hat sich eingeseigt für die Ausnahmeverordnung, für die Maßregelungen und Entlassungen, für den Streikbruch. Und am 4. Februar hat sie öffentlich zum Streikbruch aufgefordert, obgleich noch gar nichts erreicht war. Sie schrieb:

Nach der Stellungnahme der großen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen bleibt der Reichsgewerkschaft flügerweise nichts weiter übrig, als dem Streik ein Ziel zu setzen. Was das gestern noch unmöglich, so sind nach unserer Erklärung und feilen Überzeugung heute die Voraussetzungen dazu durchaus gegeben. Obgleich nicht völlig ausgemittelt, immerhin hat sie sich aber durch den Mund des Reichsleiters in richtiger Erkenntnis der Lage dazu bereit erklärt, die Verhandlungen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenabrechnung fortzusetzen. Darin liegt bereits ein halbes Zugeländnis an die berechtigten Forderungen der Streikenden. Außerdem liegt die Aufseherung vor, daß die Verordnung des Reichspräsidenten mit Beendigung des Streiks gegenstandslos wird. Weiter verleiht die Reichsregierung direkt, daß sie die berechtigten Forderungen der Streikenden bezüglich der Entlassungen und allen Arbeitnehmern das Koalitionsrecht garantieren will. Nachdem die großen Gewerkschaftsorganisationen den Streikenden diese Garantien gefaßt haben, darf erwartet werden, daß die Reichsgewerkschaft den Abbruch des Streiks als einen Akt der Klugheit betrachtet und danach handelt.

So das unter Auspruch der Defektheit erscheinende sozialdemokratische Organ am 1. und 4. Februar. Von Anfang an hat sich die Sozialdemokratie gegen den Streik gestellt, hat ihn sabotiert, mit allen Mitteln bekämpft. Und nun, nachdem die Beamten das Vertrauen zu dieser Partei verloren, schreibt sie den Kommunisten, nach edster Vertretung, die Schuld für die Niederlage der Beamten in die Schuhe. Jedem denkende Mensch wird das Gefäß des Sinnesblätters ver-

rischen und die Beamten werden diesem Organ, das sich in halber Gemeinschaft mit den „Hallischen Radikalen“ und der „Hallischen Zeitung“ befindet, die geübteste Quittung erteilen.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten

Am Dienstag fand im „Vollspart“ die Jahres-Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten statt. Nach dem Geschäftsbericht konnte eine Eingliederung der Mitgliederbereinigung werden. Der Gesamtmittelberichtsband der kriegigen Ortsgruppe legt jedenfalls dafür ein Zeugnis ab, daß sich die Mehrheit der hallischen kaufmännischen Angestellten dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten angeschlossen hat. Auch die Kassenverhältnisse konnten als durchaus günstig bezeichnet werden. Der sehr umfangreiche Geschäftsbericht ließ erkennen, daß das Vertrauen der Angestellten zum Zentralverband immer mehr wächst und daß es vor allem unter den „Deutschnationalen“ eine ganze Anzahl Angestellte gibt, die erkannt haben, daß ihren Führern nicht daran gelegen ist, mit den Arbeitgebern Arm in Arm zu gehen, als eine konsequente Angestelltenpolitik zu treiben.

Bei der Vorstandswahl wurde die von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Liste einstimmig gewählt und zwar Kollege Pfeiffer als Vorsitzender, Kollege Eichardt als stellvertretender Vorsitzender, Kollege Jacobus und Zeinung als Schriftführer und die Kollegen Hejler, Gehrhardt und Pfaffmann als Revisoren. Alsobann wurde zur Eisenbahner-Bewegung um Stellung genommen, wobei sich eine äußerst lebhafte und zum Teil auch erregte Debatte entwickelte. Eine einmütige Resolution mußte mehrfach abgelesen werden und fand alsdann in nachstehender Form mit knapper Mehrheit Annahme:

„Den streikenden Eisenbahnern wird vollste Sympathie und Anerkennung ausgesprochen. Der Erfolg der Bewegung ist verbürgt, wenn die Eisenbahner auch fernerhin selbständig und ihnen die notwendige Unterstützung durch die anderen Arbeitergruppen zuteil wird.“

Die Haltung der Spitzenorganisationen des ADGB und der Afa wird scharfsten verurteilt. Die Führer der freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände müssen ebenso wie die Mitglieder erkannt haben, daß nicht nur die Interessen einer einzelnen Berufsgruppe auf dem Spiel stehen. Durch die arbeitserwidrige Haltung des Reichspräsidenten und der Regierung werden vielmehr die vitalsten Rechte der gesamten Arbeitnehmerklasse angegriffen.

Die Generalversammlung erwartet von den Spitzenorganisationen umgehend Unterstützung, um sich ein Urteil über das Verhalten der Zentren bilden zu können.

- Die Gewerkschaften müssen sich den Gewerkschaften: 1. Die Unterstützung der streikenden Eisenbahner mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, um die Forderungen derselben zur Anerkennung zu bringen. 2. Maßnahmen zur Bewirkung der aufgestellten zehn Forderungen (Erfassung der Sachverhalte usw.).

Lohnbewegung der Gastwirtsangestellten

Die Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände hat in der „Libelle“ eine sehr stark besuchte Besammlung aller gastwirtschaftlichen Angestellten abgehalten, um zu einem Voranschlag der hallischen Ortsvereinigung Stellung zu nehmen. Der Vorstand des Ortsverbandes Pauline Bittencorne hatte in einem Anschreiben eine Verpredung zur Revision des Tarifvertrages nachgeholt, die am Montag, dem 30. Januar, stattgefunden hat. Die Geschäftsleitung erwartete aus diesem Angebot, daß endlich ihre Arbeitgeber zu der Einigkeit gekommen seien, daß die bestehenden Löhne — monatlich 900 bis 1000 Mk. Garantie und 25 Prozent Teuerungszulage für das Bedienungspersonal, ebenso die Entlohnung der Köche sowie des gesamten Hilfspersonals — doch den jetzigen Zeitverhältnissen absolut nicht mehr Rechnung tragen und ein freiwiliges Angebot auf bessere Entlohnung zu erhalten. Aber weit gefehlt, unsere Arbeiter haben sich die Entlohnung des Bedienungspersonals noch nicht abzuwehren, durch Einführung eines zehnprozentigen Bedienungsgeldes, d. h. die hiesigen Gastwirte wollen die jetzt in die Speisen und Getränke einfließenden Zuschläge für Bedienung selbst einziehen und die Keller sollen sich von den Gästen entlasten lassen durch die Erhebung eines zehnprozentigen Aufschlagsgeldes als Bedienungsgeld.

An der anregend geführten Aussprache nahmen alle Redner zu diesem unwürdigen Ansoch Stellung und verwarfen einmütig die Wiedereröffnung des Bedienungsgeldes. Folgende, aus der Mitte der Besammlung gestellte Entschiedenheit fand einstimmige Annahme:

Die am 3. Februar hier stattfand öffentliche Besammlung der Gastwirtsangestellten beauftragt die Arbeitsgemeinschaft, daß Bedienungsgeld in jeder Form abzuschaffen, eine der Teuerung entsprechende neue Entlohnung zu fordern, die Rindigung des Tarifes am 1. März 1922 zu veranlassen und im Falle einer Teuerung von den künftigen gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen.

Der neue Brotwucher

Preissteigerung von 6,70 Mk. auf 11,25 Mk.

In der Kreisversammlung vom 9. Februar wurde der Bedarf des Saalkreises eine neue Preissteigerung beschlossen und zwar eine Erhöhung von 6,70 Mk. auf 11,25 Mk. Desgleichen wurden auch die Höchstpreise neu festgelegt. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß unsere Genossen (mit Einschluß des Parteifreien Wädig) gegen die Vorlage getrimmt und sich mit aller Schärfe gegen die Erhöhung gewandt bei der Abstimmung ausgehakt und einen unzerbrochenen Widerstand leisteten, daß die Herren der Rechten Selbstverleugung sind und den Hunger der Armen nicht verpöhlen, da sie von der Erhöhung nicht betroffen werden, mag es möglich, daß die Vorlage angenommen wurde. Wie lange will sich die Arbeiter- und Beamtenfront dieser schamlosen Ausplünderung noch gefallen lassen?

Es hat geschnappt

Eine Legende erzählt, es habe einmal ein Meger gegeben, der sich freiwillig die Zehne gegen den harten Gegenstand hielt, weil es so angenehm war, wenn der Schmerz nachließ. Nach dem gleichen Prinzip müssen jetzt auch die Unabhängigen einige glatte Zehne nehmen. Denn es soll auch Menschen geben, die sich über ihr jähliches zugefügte Blamage immer wieder freuen. Im Saalkreis ist die unabhängige „Wallenpartei“, die noch immer vergeblich auf den Zusammenbruch der SPD, wartet und von diesem leben will, ungeheure Anstrengungen gemacht, sich wieder „aufzubauen“. Doch überall haben die Arbeiter den halbozialistischen die richtige Antwort. Sie liegen die Wallenpartei immer hübsch unter sich. So kam es denn, daß die Wallenpartei lieber zusammenlegte und einen gemühtlichen Star machte.

Gestern Abend haben sie sich auch in Halle verläßt, wo der Zusammenbruch der SPD, bekanntlich „Kalttröpfchen“ sein soll. Für 7 1/2 Uhr hatten sie eine „große öffentliche Besammlung“ einberufen und den bekannten Volksrechtler Wint aus Berlin hergeholt. Das unabhängige Sammelplättchen hatte nicht gewollt, daß die Empörung über den letzten Anschlag Eberts auf das Streik- und Koalitionsrecht aller Arbeitenden das gesamte Proletariat in die (ihre) Besammlung führen wird. Allerdings, die Wallen waren erschienen, aber nicht bei den Unabhängigen, sondern bei den Kommunisten. Um 8 Uhr hatten sich in der unabhängigen „öffentlichen“ Besammlung noch nicht mehr Duzend (21 Mann), etwa die Hälfte ihrer Stabverordneten-Fraktion, eingeunden. Um den großen Anbruch zu bewältigen, waren gleich vier Mann an der Kasse postiert aber es wurde und wurde nicht mehr. Die Wallen haben wieder geschrien, weil sich alle Anwesenden über die Bedeutungslosigkeit der Eröffnung der unabhängigen Partei einig waren. Man ging wieder nach Hause, still und kumm. Warum waren nicht noch mehr da? — Kommunisten erschienen, um die Besammlung ein blühendes Interesse zu machen, so hörte man noch auf dem Nachhausewege.

Frauenabend der Ortsgruppe Halle

Ein vorzüglich disponiertes Referat der Genossin Schwabinger erregte den Abend ein. Sie sprach über die Aufgaben, die den Genossinnen in kritischen Zeiten (Streik oder Aktion) sowohl in Haus und Betrieb wie auf der Straße und in den Lärmen stehen. Außerdem brachte sie Vorschläge über den Ausbau der Frauenhilfe. Die Besprechungen passeten sich freilich dem Stand der gesamten Besprechung an, aber nicht dem Stand der heutigen Preise. Wo also das Geld nicht ausreicht, muß die Arbeitskraft der Genossinnen die notwendige Hilfe gewähren. Was für die Kassenhilfe möglich war und ist, muß auch für die eigenen Landesgenossen möglich gemacht werden. Hilft werden, Wachs- und Spendensachen den arbeitlosen auf der Straße umherziehenden Innern Gelegenheit zur Inanspruchnahme ihres äußeren und inneren Menschen geben. Auch die Quartierverfassung muß in ausgiebiger Weise als bisher geübt werden. Die Hinterbliebenen und Familienmitglieder von Gefallenen und Anfallenen müssen vor allen Dingen bei der Durchsicht ihrer Forderungen an die höchsten Behörden unterrichtet werden. Es ist die Aufgabe der kommunistischen Fraktion im Stabverordnetenparlament, die Mängel der Armen- und Krankenfürsorge zu beheben und auf die Erziehung gemeinnütziger Anstalten zu bringen. Um eine Kontrolle der Arbeiterschaft über die Tätigkeit der Fraktionsmitglieder zu ermöglichen, müssen viele in den Mitgliederbesammlungen monatlich einen Bericht geben und in den Erfahrungsberichten

Seit vielen Jahrzehnten verbürgt der Name

J. LEWIN

für beste Qualitätswaren und billigste Preise!

Gewaltige rechtzeitige Einkäufe und Abschüsse mit den maßgebendsten Fabriken und Häusern der Branche ermächtigen uns die bevorzugtesten Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten sowie alle Artikel des täglichen Bedarfs unserer Kundschaft noch preiswert zu überlassen.





